

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien

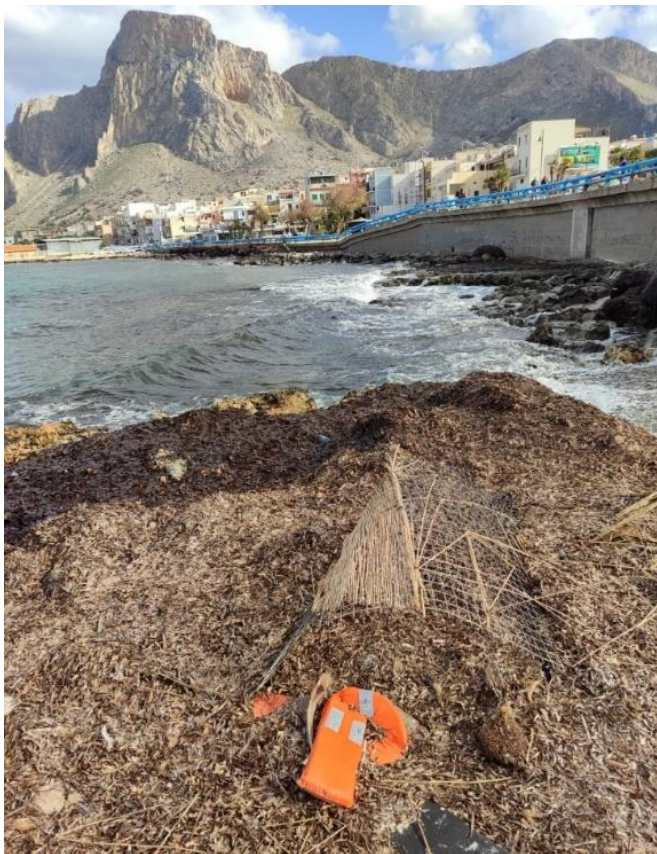


Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Jahrestag des Schiffunglücks vor Cutro

Das [Netzwerk 26. Februar](#) (rete 26 febbraio) hat den italienischen Staat für das **Nichtbefolgen seiner staatlichen Pflichten** im Zusammenhang mit dem tragischen Schiffsunglück vor Cutro am 26. Februar 2023 kritisiert. Zusammen mit den Familienangehörigen der Todesopfer fordert das Netzwerk legale Einwanderungswege in die EU, Gerechtigkeit und eine Abkehr von den Abkommen mit Tunesien, Libyen und der Türkei. Für den Jahrestag des Schiffbruchs hat das Netzwerk für die **Unterstützung der Angehörigen** bei der Identifikation und Beisetzung der Leichname mobilisiert.



„Piantedosi-Dekret“

Das Appellationsgericht von Locri hat sich mit der Frage der **Verfassungsmäßigkeit des Piantedosi-Dekrets** (später umgewandelt in das Gesetz Nr. 50)

beschäftigt, das im Frühjahr 2023 verabschiedet wurde und in dem z.B. die Strafen für Migrant*innen, die das Boot gefahren haben sollen, erhöht wurden. Die Infragestellung wurde als „nicht offensichtlich begründet“ angesehen, da „die Strafe nicht in offensichtlich unangemessener Weise über den Ermessensspielraum des Gesetzgebers bei der Festlegung von Strafen hinausgeht“. Damit wird das Piantedosi-Dekret bzw. das Gesetz aufrechterhalten.

Open Arms Prozess gegen Matteo Salvini

Der ehemalige italienische Innenminister Matteo Salvini ist von der zweiten Strafkammer des Gerichts von Palermo wegen **Entführung und Verweigerung einer Amtshandlung** vernommen worden, weil er 147 Migrant*innen über sechs Tage lang auf dem zivilen Seenotrettungsschiff Open Arm der spanischen NGO Proactiva Open Arms vor Lampedusa festhielt und die Anlandung der Geretteten untersagte.

Am 12. Januar, während der ersten Anhörung dieses Jahres, hielt Salvini einen [langen Monolog](#), in dem er rechtfertigte, dass die Mehrheit der damaligen Regierung – u.a. der unter Salvini tätige Kabinettschef des Innenministeriums, Matteo Piantedosi – hinter seinem politischen Kurs stand und man „eine Beteiligung der europäischen Institutionen [zur Verteilung der Migrant*innen] vorgesehen“ habe. Damit versuchte [Salvini](#), seine persönliche Schuld der Verweigerung zurückzuweisen. Außerdem betonte er, dass die „Nationale Sicherheit“ damals wichtig gewesen sei und er nicht ausschließen konnte, dass „Terrorist*innen auf dem Boot waren“. Es habe sich bei der Open Arms nicht um ein italienisches Schiff gehandelt und die Rettung fand ohnehin außerhalb italienischer Gewässer und ohne italienische Koordination statt, damit sei der italienische Staat seiner Meinung nach nicht für den Fall verantwortlich gewesen. Über eine Extremsituation – Menschen waren beispielsweise ins Wasser gesprungen – hätte er nichts gewusst bzw. seien ihm diese Situationen als nicht kritisch dargelegt worden. Er sei stolz, dass er Menschenleben gerettet habe, die Kosten für die Steuerzahler*innen gesenkt und die Bootsankünfte in seiner Regierungszeit drastisch

gesenkt habe. Diesen Aussagen stehe laut [Marika Ikonomu](#) eine Studie von Oktober 2018 entgegen, in der das Institut Ispi feststellte, dass **während Salvinis Amtszeit ein „weiterer Rückgang der Ankünfte, aber auch einen starken Anstieg der Zahl der Toten und Vermissten verzeichnet wurde“**, letztere hätten sich mehr als verdoppelt. Ikonomu nimmt in [diesem Beitrag](#) außerdem eine kritische Einordnung des Prozesses und der Aussagen Salvinis vor.

Accoglienza – Die Aufnahme

Seit Jahren sind hunderte von Asylsuchende in Italien gezwungen, lange und unmenschliche Wartezeiten in den Einwanderungsbüros der Polizeipräsidien auf sich zu nehmen, um ihre Anträge zu formalisieren. Das führt dazu, dass **Tausende von Menschen in einen Zustand der Unsichtbarkeit und der Prekarität gedrängt** werden.



Gelegentlich werden Termine bei der Ausländerbehörde und der Gemeinde erst für ein Jahr später gegeben. Nach dem Piantedosi-Gesetz hat sich die Situation verschlimmert, da viele Betroffene ihren Aufenthaltstitel nicht erneuern können. [Chiara Caraboni](#) kritisiert in diesem Beitrag den **Zustand des dauerhaften Limbos** anhand der Geschichten von Daniel und Samuel, zwei Asylsuchenden aus Peru und Nigeria: „Was das italienische System zeigt, ist eine völlige Missachtung der Einwanderungspolitik und eine sehr starke Missachtung der Integration, die nicht über die Worte hinausgeht, mit denen sie erzählt wird. Und so entsteht die dramatische Realität derjenigen, die auf eine Chance zur Integration warten und gezwungen sind, gegen die Kälte, die Verzweiflung und die **Gleichgültigkeit eines Systems** anzukämpfen, das nur langsam auf eine der dringendsten humanitären Herausforderungen reagiert“.

EU-Ägypten Abkommen

Das Memorandum (MoU) zwischen der EU und Tunesien (siehe [hier](#)) zur Blockade der Bewegungen der Migration scheint Wirkung zu zeigen. Nicht nur die sinkenden Ankunftsahlen aus Tunesien (die laut [offizieller Angaben](#) um 70% gegenüber des Vorjahres gesunken seien) ermutigen die EU-Kommissarin für Inneres, [Ylva Johansson](#), vor dem Justizausschuss des Europäischen Parlaments am 23. Januar neue Schritte zu erklären: „Wir stehen kurz vor einer Einigung über eine **gemeinsame Erklärung mit Ägypten**“. Ägypten sei, im Gegensatz zu Tunesien, kein Transitland. Daher müsse im „Partnerschaftsabkommen“ mit Ägypten „Einwanderung mit anderen Themen wie wirtschaftliche Entwicklung und Humankapital kombiniert werden“. Das MoU mit Tunesien bleibe aber ein Erfolgsmodell, an dem sich orientiert werden müsse. Doch dieses „Erfolgsmodell“ beruht auf systematischen [Menschenrechtsverletzungen](#) und die Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien haben den tunesischen Behörden diplomatischen Schutz gegeben, während diese die **rassistische Gewalt gegen Schwarze Migrant*innen** aus Staaten Sub-Sahara Afrikas verbal und physisch eskalieren ließ.

In diesem Sinne hat Amnesty International das Memorandum zwischen Tunesien und der EU als „misslungen“ beschrieben, auch in Hinblick auf die Reduzierung der Ankunfts zahlen aus Tunesien: „Die Zahl der Ankünfte in Italien ist von 105.000 im Jahr 2022 auf 150.000 im Jahr 2023 gestiegen. Gleichzeitig ist die **Zahl der auf See Vermissten oder Toten von 1.417 im Jahr 2022 auf 2.498 im Jahr 2023 gestiegen**“, sagte [Hussein Baoumi](#), Leiter der Abteilung Außenpolitik von Amnesty International. Schauen Sie sich die systematische Verletzung der Menschenrechte an, hat das MoU, so Baoumi, „das Klima der Unterdrückung nicht verringert, sondern ein Umfeld geschaffen, in dem Migrant*innen, Flüchtlinge und Asylsuchende großen **Misshandlungen** ausgesetzt sind. All dies geschieht in einem allgemeinen **Klima der Straflosigkeit**, das von großen korrupten Teilen der Polizei geschützt wird, die für die Misshandlungen der Menschen in ihrem Gewahrsam verantwortlich ist und mit denselben Menschenhändlern zusammenarbeitet, die durch das mit Hunderten von Millionen Euro von der EU finanzierte Memorandum bekämpft werden sollen“. Die EU verteidigt das MoU und behauptet, dass EU-Gelder blockiert werden würden, sollte es zur Verletzung fundamentaler Rechte kommen.

Unbeeindruckt davon, zeigt sich die italienische Ministerpräsidentin [Giorgia Meloni](#) erfreut über die Anerkennung ihrer Ansätze durch die EU und bedankte sich über die Teilnahme der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an der „**Italien-Afrika-Konferenz**“ (deren Name bereits koloniale Züge trägt) am 28. Januar in Rom, an der mehrere afrikanische Staats- und Regierungschefs teilnehmen werden, um den sog. „Mattei-Plan“ der italienischen Regierung zu besprechen und potenzielle Abkommen zu verhandeln, welche die Bewegungen der Migration nach Europa blockieren und die Grenzkontrollen auf Staaten Nordafrikas vorverlegen (externalisieren) werden. Mit diesem Plan soll der Norden Afrikas stabilisiert und „wirtschaftliche Synergien“ gestärkt werden. **Kritiker*innen** bezeichnen den Plan als Möglichkeit, „die richtigen **Diktaturen** aufzusuchen, um Migrant*innen vor der Ankunft in Europa zu stoppen“. Das zeigten die bilateralen Verhandlungen mit Tunesien und der Türkei. Ein nicht erwarteter Schlag trifft Giorgia Meloni und die Befürworter des Mattei-Plans aus Afrika selber: der

[Präsident der Kommission der Afrikanischen Union](#), Moussa Faki Mahamat äußert Unmut darüber, dass kein afrikanisches Land von Italien gefragt worden sei, um die Pläne gemeinsam zu diskutieren.

Die Situation in Tunesien

Nach Angaben der [Internationalen Organisation für Migration \(IOM\)](#) wurden zahlreiche **Pakete mit Hygiene-Artikeln** an 1.360 Migrant*innen in den tunesischen Städten Sfax, Al Hamra und Khcherma verteilt. Die Betroffenen kommen v.a. aus Benin, Burkina Faso, Kamerun, Gabun, Gambia, Guinea, der Elfenbeinküste, Mali, Nigeria, Senegal und Togo und werden derzeit von ihrer Weiterreise aus Tunesien gehindert. Zuletzt lebten sie in den lokalen Olivenfeldern und litten an einem Mangel an Trinkwasser, Essen, Kleidern, Decken und Hygieneprodukten.



Geflüchteten-Camp südlich von Sfax, Foto von den Geflüchteten

Laut [Tunis Afrique Presse \(TAP\)](#) hat die **IOM zeitgleich die Abschiebung von 392 Migrant*innen durchgeführt**, unter ihnen anscheinend 163 Personen aus Burkina Faso, 165 Gambier*innen, 33 Malier*innen, 23 Senegales*innen, sieben Personen aus Guinea und eine Person aus Liberia. Insgesamt ist die Zahl der durch die IOM durchgeführten Abschiebungen im

Jahr 2023 mit **2.257 Personen** um 45% gegenüber des Vorjahres gestiegen.

Bilaterales Treffen Italien-Türkei

Mit einem [bilateralen Treffen](#) zwischen der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Istanbul soll eine **neue Phase der**

Beziehung zwischen den beiden Staaten eingeleitet werden. Während des Treffens wurden neben der Frage der **Blockade der Bewegungen der Migration** aus **Libyen** auch über die Situation in der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) und potenzielle wirtschaftliche Kooperationen gesprochen. Ziel der stärkeren Zusammenarbeit sei der weitere Rückgang der Migration entlang des Korridors Italien-Türkei sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit italienischer und türkischer **Rüstungsunternehmen**.

Trilaterales Treffen zwischen Italien, Kroatien und Slowenien

Im Januar reiste der italienische Innenminister Matteo Piantedosi nach Buzet (Kroatien), um an einem trilateralen Ministertreffen mit dem kroatischen Vizepremierminister und Innenminister Davor Bozinovic und dem slowenischen Innenminister Boštjan Poklukar zur **Frage der Migrationsbewegungen über die Balkanroute** teilzunehmen. **Piantedosi** rühmte sich mit 900 Pushbacks an der italienisch-slowenischen Grenze sowie mit 76 Festnahmen (bei 160.000 kontrollierten Personen), davon wurden 52 Personen wegen „Beihilfe zur illegalen Einreise“ festgenommen.

Das **italienische Innenministerium** kündigte in diesem Zusammenhang an, die **Grenzkontrollen an der italienisch-slowenischen Grenze bis Juni 2024 zu verlängern**. Italien setzte das Schengener Abkommen über die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU) bereits im Oktober 2023 vorübergehend aus. Der slowenische Premierminister Miro Cerar kommentierte diese Entscheidung als „inakzeptabel“.

Doch etwa zeitgleich erklärte die slowenische Regierung, **temporäre Einrichtungen aus Zelten und Containern** an der Grenze zu Kroatien zu errichten, um die Arbeit der Polizei zu erleichtern. Diese seien für maximal drei Jahre geplant und bezögen sich hauptsächlich auf den **Grenzübergang bei Obrezje**, der in den letzten Monaten stärker frequentiert wurde.

Situation der Geflüchteten

In der Nacht vom 24. auf den 25. Januar haben die tunesischen Gefangenen des Abschiebehaf-

zentrums (Centri di permanenza per i rimpatri, CPR) Milo in der Provinz **Trapani gegen die Durchführung der Abschiebungen von 29 Migrant*innen protestiert**, indem sie Gegenstände, Möbel und Matratzen in Brand gesetzt haben. Verletzt wurde dabei laut Medienberichten glücklicherweise niemand. Das Bündnis NoaiCPR berichtete auf seinem Instagramaccount hingegen von vielen Verletzten. Es erfolgte sofort ein unangemeldeter Besuch einer Parlamentarierin, organisiert von Unterstützungsgruppen für die in Abschiebungszentren Inhaftierten. Dabei wurden **unmenschliche Unterbringungsbedingungen** festgestellt für die derzeit verbliebenen 56 Personen, die in zwei noch zugänglichen Abteilungen, meist ohne Matratzen und nur einem Bad zusammengepfercht sind. Die Präfektur von Trapani hatte nach den ersten Protesten schon Migrant*innen verlegt oder ihnen eine Abschiebungsverfügung in die Hand gedrückt. Dieses Vorgehen kritisiert die Senatorin der Allianz der Grünen und der Linken **Ilaria Cucchi** vehement. Was im Zentrum für den Verbleib von Migrant*innen in Milo in der Provinz Trapani geschehe, sei sehr ernst und zeige, dass die **Abschiebehafzentren unmenschliche Orte** seien an denen Grundrechte vorenthalten werden.



Foto: Silvia di Meo

Die Mindeststandards in den CPR würden nicht eingehalten und die Grundrechte der Migrant*innen nicht respektiert. „Es ist notwendig, diese Situation so schnell wie möglich zu lösen und angemessene Lösungen für die in Milo Inhaftierten

zu finden", ergänzt Cucchi. Aktuell häufen sich solche und ähnliche Protestaktionen in den CPR (siehe die [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters). In Trapani selbst hatten im Jahr 2019 rund 30 Personen versucht zu fliehen und im vergangenen September weitere 40 Personen. Der nationale Sekretär von Sinistra Italiana und Abgeordneter des Bündnisses der Grünen Linken, Nicola Fratoianni, erklärte eine Anfrage an den Innenminister zu richten, um „die Wiederholung ähnlicher Situationen zu vermeiden, die den Anstand und die Würde der Menschen verletzen“. Migrantische Unterstützungsorganisationen und der [CGIL](#) schlossen sich der **Kritik an den Haftbedingungen** sowie den **Menschenrechtsverletzungen und der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste** an.



Situation von Saisonarbeiter*innen

Unser [Monitoringpartner Arci Porco Rosso](#) berichtet über die Situation in der in Westsizilien gelegenen Kleinstadt Caltabellotta. Dort haben Migrant*innen einen verlassenen Stall und Zelte bewohnt, während sie in der Ernte gearbeitet haben. Am 19.11.2023 ist **eine Person in Folge eines Streits getötet** worden, anschließend kam es dann zur Räumung der Behausungen.

Die migrantischen Saisonarbeiter*innen wurden daraufhin in das **Stadion von Sciacca** gebracht. Einige haben eine Abschiebeanordnung bekommen (decreto di espulsione), andere die Nachricht, dass die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis verzögert wird, vermutlich aufgrund von Ermittlungsprozessen in dem vorher erwähnten Mordfall.

Diejenigen, die freigelassen wurden, stehen nun ohne Informationen und Hilfe dar.

10 Jahre nach dem Schiffbruch vom 11. Oktober 2013: „Ich möchte meinen Söhnen einen Gutenachtkuss geben“

Im Jahr 2012 flieht [Refaat Hazima](#) gemeinsam mit seiner Familie vor dem Krieg in Syrien und auf der Suche nach einem freien und besseren Leben und einer besseren Zukunft nach Europa. Sie sind eine wohlhabende Familie, seine Frau Feryal arbeite als Ärztin und er als Friseur, und konnten mit 50.000 Dollar und dem gesamten Schmuck von Feryal fliehen, so beginnt der **heute 50-jährige Refaat sein Geschichte**. Nach einem Zwangsaufenthalt in Libyen – wo ihre Anträge auf ein Visum nach Italien mehrmals abgelehnt werden – steigt die Familie in jenes Boot, das am **11. Oktober 2013** mit über 500 Menschen an Bord vor der Küste Lampedusas sinkt. Die beiden 10-jährige Söhne Mohammad und Ahmad gelten seitdem als vermisst, sein 16-jähriger Sohn Anas und seine Frau Feryal überlebten. „Meine Kinder sind auf dem Meer verschwunden, aber für mich sind sie noch immer am Leben. Ich möchte ihnen einen Gutenachtkuss geben“, erzählt er, während der **Gedenkfeier zum 10. Jahrestag des Schiffsbruch**. Ein Massaker, bei dem **268 Menschen** sterben, weil die italienische und maltesische Küstenwache über Stunden warten und mit der Seenotrettung beginnen, als das Boot bereits gekentert ist und die ersten Menschen ertrinken. Seit nun **10 Jahren versucht Refaat seine beiden Söhne zu finden**: Er war Gast in 45 europäischen, arabischen, asiatischen und amerikanischen Fernseh- und Radiosendungen von Al Jazeera bis zur BBC. Er fuhr nach Mailand zum Labor für forensische Genetik der Abteilung für Biomedizinische Wissenschaften der Universität und lässt prüfen, ob seine DNA mit der DNA der aus dem Meer

geborgenen Leichen kompatibel ist – bisher ohne Erfolg. Refaat träumt oft von Ahmad und Mohammad und ist überzeugt, dass sie noch am Leben sind. „Meine Frau sagt, wir müssen uns damit abfinden, dass zu viel Zeit vergangen ist. Ich hingegen resigniere nicht und suche weiter nach ihnen, weil es meine Pflicht ist. **Genauso wie es meine Pflicht ist, ihnen weiterhin zu erzählen, was wir erlebt haben**“. Seine Geschichte kann in [hier](#) gelesen werden.

Im **Januar 2023** hat der Gerichtshof in Rom geurteilt, dass die italienische Küstenwache und die Marine der **vorsätzlichen Unterlassung der Rettung schuldig** sind und so für den Tod der 268 Geflüchteten verantwortlich sind. Doch die beiden Angeklagten, Kapitän Leopoldo Manna und Fregattenkapitän Luca Licciardi, entgingen einer Verurteilung, weil der Fall zu diesem Zeitpunkt bereits **verjährt** war.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtlosigkeit“](#).

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash